

Nr. 559

vom 02.11.2022

Limeshalle in Altstadt wird für Unterbringung von Geflüchteten vorbereitet

Wetteraukreis (pdw) **Der Wetteraukreis ist beim Unterbringen von Geflüchteten in kreiseigenen Unterkünften an seiner Kapazitätsgrenze angelangt. Weil die Zuweisung von Geflüchteten bis Jahresende weiterhin extrem hoch bleibt, müssen nun gemeinsam mit den 25 Städten und Gemeinden auch wieder sogenannte „Flächen des Gemeinbedarfs“, also Sportstätten, Bürgerhäuser oder Festplätze in den Blick genommen werden. Derzeit laufen die Vorbereitungen für die Belegung der kreiseigenen Sporthalle an der Limeschule in Altstadt, die ab dem kommenden Montag (7. November) für den Schul- und Vereinssport gesperrt werden muss. Dabei stehen Kreis, Kommunen, Schulgemeinde und Vereine in engem Austausch.**

In der rund 450 Quadratmeter großen Halle werden voraussichtlich ab Ende November maximal 80 Geflüchtete aus weltweiten Krisengebieten untergebracht. Die Vorlaufzeit von wenigen Wochen wird benötigt, um in dem kreiseigenen Gebäude die entsprechende Infrastruktur herzurichten. Dazu gehört die Ausstattung mit den dafür notwendigen Betten, Spinden und Raumteilern und die Erstellung eines Belegungsplans. Im Außenbereich werden Container mit Koch- und Sanitärbereichen aufgebaut. Die Bewohnerinnen und Bewohner werden sozialarbeiterisch betreut. Ein Bauzaun wird das Gebäude vom Gelände der Limeschule abgrenzen, zudem wird eine Security-Firma beauftragt.

Gemeinsam mit den Wetterauer Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern hatte sich die Kreisspitze im Vorfeld auf ein grundsätzliches Vorgehen bei der Belegung der kreiseigenen Sporthallen geeinigt. Berücksichtigt

wird dabei die aktuelle Verteilung der Geflüchteten in den jeweiligen Städten und Gemeinden. „Wir kommen unserer Verantwortung nach und wollen Asylsuchenden eine humanitäre und menschenwürdige Unterbringung ermöglichen“, betont Altenstadts Bürgermeister Norbert Syguda. „Kreis und Kommunen stehen bei der Unterbringung inzwischen mit dem Rücken zur Wand, sodass wir nicht umhin kommen, die Sporthalle für die Geflüchteten zu nutzen“, so Bürgermeister Norbert Syguda und Landrat Jan Weckler.

Kapazitäten massiv ausgebaut

Der Wetteraukreis hat seine Unterbringungsmöglichkeiten in den vergangenen zwölf Monaten massiv ausgebaut. Allein 2022 wurden rund 700 zusätzliche Plätze für Geflüchtete geschaffen, 300 weitere kommen im ersten und zweiten Quartal 2023 hinzu. Weder auf dem Wohnungsmarkt noch in kreiseigenen Liegenschaften gibt es derzeit weitere Möglichkeiten, die auch kurzfristig zur Verfügung stehen. Aufgrund der dramatisch steigenden Zuweisungszahlen von Land und Bund fehlen allein bis zum Jahresende kreisweit rund 400 Plätze. Vor diesem Hintergrund hat der Kreisausschuss bereits Mitte Oktober auch formal festgestellt, dass sich der Kreis in einer „Notsituation“ befindet.

Die Belegung von Hallen und Bürgerhäusern sei immer die letzte Option und für alle Beteiligten mit Herausforderungen und Verzicht verbunden, sagt Landrat Jan Weckler. Das gilt sowohl für die Geflüchteten als auch für die eigentlichen Nutzerinnen und Nutzer. „Unsere Schülerinnen und Schüler und die vielen engagierten Sportvereine haben es aufgrund der Corona-Pandemie schon in den vergangenen Jahren besonders schwer gehabt. Deshalb bedauere ich es sehr, dass wir in dieser angespannten Situation wieder Sporthallen für die Unterbringung von Geflüchteten nutzen müssen.“

Gesprächstermin mit allen Beteiligten

Bislang wurden in diesem Jahr bereits über 4.350 geflüchtete Menschen im Wetteraukreis aufgenommen. Nach aktuellen Prognosen, die auf der Zuweisungsquote im vierten Quartal basieren, werden es bis Jahresende rund 5.360 sein. Wöchentlich kommen rund 60 Geflüchtete aus weltweiten Krisengebieten hinzu. Im Vergleich zur sogenannten „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 ist das eine Verdopplung: Damals wurden insgesamt 2.506 Personen aufgenommen. Im Vergleich zum vergangenen

Jahr haben sich die Zuweisungszahlen sogar verneunfacht.

Auf die bundesweit sehr angespannte Situation bei der Flüchtlingsunterbringung haben Kreis und Kommunen kürzlich in einem offenen Brief aufmerksam gemacht. Darin fordern sie die Bundes- und Landesregierung zum Handeln auf.

Im Vorfeld der Belegung der Limeshalle stehen die Kreisspitze und die Gemeinde Altstadt in engem Austausch mit der Schulleitung, dem Elternbeirat und den betroffenen Vereinen. Alle Beteiligten werden sich Ende der Woche zu einem Gespräch treffen. „Ziel ist es, möglichst transparent und gemeinsam mit dieser schwierigen Situation umzugehen“, so Landrat Weckler und Bürgermeister Syguda.